

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher  
Redakteur  
Herrn R. 90.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen befähigter bestimmtes Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Verleger:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 174.

Montag, 29. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für den Sommer des Anzeigens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 1 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; verlaufende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilliger Redakteur, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Riesner an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vervollständigung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. J. Zeichgraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Neuorientierung in Ägypten.

Auf welchem Wege will Ägypten zur nationalen Unabhängigkeit kommen? Die Wafdpartei hat den Kampf der rücksichtslosesten Opposition gegen die englische Herrschaft in England als die stärkere Partei erwiesen. Mit der englischen Rückendeckung hinter sich konnte König Fuad sogar das Parlament nach Hause schicken. Damit war die Wafdpartei völlig lahmgelähmt. Mit ein paar Straßendemonstrationen ändert man ja an der politischen Situation an den Ufern des Nils ebensowenig, wie anderswo. Jetzt scheint der Weg des Kompromisses versucht zu werden. Die Gelegenheit dazu war mit dem Sturz der konservativen Regierung in England gegeben. Was man von der Arbeiterregierung erwartete, ist eingetreten. Der bisherige Oberkommissar in Kairo, Lord Lloyd, ist zurückgetreten. Wer aber eine völlige Umkehr der englischen Politik erwartete, mußte enttäuscht sein. Es ist keineswegs die Wafdpartei, die von diesem Schritt profitiert, sondern der jetzige Ministerpräsident Mohammed Mahmud. Vergänglich hat sich als Vertreter des Wafd Nafar Ghaid in London bemüht, das Vertrauen der Arbeiterregierung für sich zu gewinnen. Macdonald ist ein zu vorsichtiger Politiker, als daß er leichten Herzens radikale Schritte tät. Er ist auch ein zu guter Engländer, als daß er wichtige englische Interessen ägyptischen Wünschen zuliebe preisgibt. Den Sudan kann England nicht herausgeben. Es muß von da aus die Gewässer des Nil regulieren, um die Baumwollkultur auf der Höhe zu halten. Diese ägyptische Baumwolle spielt eine entscheidende Rolle im Weltmarkt der englischen Textilindustrie mit der amerikanischen. Ueber den Sudanal könnte man sich schon eher verständigen. Das Durchfahrtsrecht der Engländer greift weniger tief in das Innenleben der ägyptischen Politik und Wirtschaft ein. Ministerpräsident Mohammed Mahmud aber ist der Mann, mit dem man Kompromisse machen kann. Er ist bereit, Konzessionen zu machen, wenn er nur irgendeinen Fortschritt sieht. Die ägyptische Unabhängigkeit will auch er. Aber er ist zu klug, um zu verkennen, daß das heutige Ägypten bei weitem noch nicht stark genug ist, seine Ziele alle auf einmal und noch dazu in Opposition mit dem allmächtigen England zu erreichen.

Zunächst muß die demokratische Regierungsform in Ägypten wieder hergestellt werden. Es macht sich zwar etwas merkwürdig, daß in den Amtsblättern, wo jetzt schon die Stimmung für die bevorstehende Wahl gemacht wird, vor wenigen Monaten noch die Diktatur für Jahre hinaus als notwendig zur Erziehung des ägyptischen Volkes hingestellt wurde. Aber das ist letzten Endes eine Kleinigkeit in dem Spiel, wo es um so große Dinge geht. Zur radikalen Unterdrückung des Wafd, wie Baldwin sie wünschte, war die Diktatur nötig. Auf dem Wege, die Mohammed Mahmud mit Macdonald zusammenschließt, wird die Wafdpartei in friedlicherer Art unschädlich gemacht. Man kann ihr Parlamentsmandate und sogar Ministerposten in Aussicht stellen. Das wird auf einen großen Teil ihrer Anhänger verlockend wirken. Auch sind die sozialen Gegensätze in Ägypten nicht zu vergessen. Die Herren Unternehmer und Direktoren, die großen Grundbesitzer, Schiffseigner und Finanzleute, die am englischen Baumwollgeschäft schwer verdienen, haben andere Begriffe von dem, was die nationale Selbständigkeit den Ägyptern bringen soll, als die armeneligen Fellachen, die in der tropischen Glut die schwere Arbeit auf den Feldern tun, soweit sich letztere überhaupt schon mit politischen Ideen trauen. Es gibt genug Ägypter, denen die nationale Unabhängigkeit keineswegs wie der Wafdpartei mit Demokratie und Sozialpolitik in unauflöslichen Zusammenhänge steht. Die Diktatur hat die beiden entgegengesetzten Auffassungen in eine Oppositionspartei zusammengepreßt. Der Weg des Kompromisses wird die mehr opportunistisch und kapitalistisch orientierten Kreise von den demokratisch und sozialistisch orientierten trennen. Mohammed Mahmud wird dafür die Abschaffung der Konstitutionen, der fremden Ausnahmeprivilegien und noch die eine oder andere weitere Konzession einräumen. Er wird sich selbst im Sudan mit England vertragen, wie er es bisher schon tat. Bekommen die Engländer einen starken Einfluß auf die Regulierung des Nilwassers, so kann sich Ägypten dafür mit wirtschaftlichen Vorteilen bezahlen lassen. Gestärkt Ägypten erst einmal wirtschaftlich, so wird es von da aus auch die Kraft zur besseren Wahrnehmung seiner politischen Interessen finden. England zieht sich für die Zukunft selbst die Konkurrenz im Lande groß. Dafür gewinnt England zunächst einmal die Unabhängigkeit der Wafdpartei, dieser kompromißfeindlichen und deshalb sehr unbequemen Utopisten. Die Situation ist auf beiden der Wafdpartei noch beiden Seiten hin entspannt, das Spiel, das schon vor letzten Entscheidungen zu stehen schien, wird wieder in die Länge gezogen. Umso schwieriger zu sagen, wer es zuletzt gewinnen wird. Die elementare Tatsache des nationalen Unabhängigkeitskampfes fällt allerdings schwerer zu Ägyptens Gunsten in die Waagschale, mag nun auch das Schlußspiel länger auf sich warten lassen.

## Entsendung eines amerikanischen Beobachters.

Washington. Meldungen über die Entsendung des früheren amerikanischen Beobachters bei der Reparationskommission Roland William Boyden als inoffiziellen Beobachter zur Haager Regierungskonferenz werden demontiert, jedoch wird angegeben, daß die Entsendung eines inoffiziellen Beobachters beschlossen ist.

## Vorbereitungen für die Regierungskonferenz im Haag.

### Für 300 Teilnehmer Zimmer bestellt.

Amsterdam. Wie die Blätter berichten, sind bereits für 300 Angehörige der zur Regierungskonferenz nach Holland kommenden ausländischen Delegationen Zimmer im Haager und Scheveninger Hotels bestellt worden. Die Mitglieder der deutschen Delegation werden größtenteils im Orangehof, einem der größten Scheveninger Hotels, untergebracht werden. Inzwischen scheinen sich im Zusammenhang mit den Sitzungen des Internationalen Gerichtshofes doch größere Schwierigkeiten hinsichtlich der Benützung des Friedenspalastes als Konferenzgebäude ergeben zu haben, so daß die Konferenz vermutlich im Parlamentsgebäude, insbesondere im Sitzungssaal der zweiten Kammer, tagen wird. Die holländischen Journalistenvereinigungen haben im Zusammenhange mit den ausländischen Pressevereinen bereits Vorbereitungen für den Empfang der ausländischen Journalisten und zu deren Unterhaltung bei ihrer Arbeit getroffen, wozu die niederländische Regierung ebenfalls bereits weitestgehende Mitwirkung in Aussicht gestellt hat.

### Noch keine Benachrichtigung der Niederländischen Regierung über den Konferenzort.

Haag. Wie der Vertreter des WZB von gutunterrichteter Seite vernimmt, lag bis Sonnabend mittags 13 Uhr bei der niederländischen Regierung noch keinerlei offizielle Mitteilung oder Mitteilung vor, die die Abhaltung der Regierungskonferenz im Haag zum Gegenstande hat. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, warum die Regierung zu dieser Frage ihrerseits bisher noch nicht offiziell Stellung genommen hat. Entsprechende diplomatische Schritte werden jedoch baldmöglichst erwartet. In hiesigen unterrichteten politischen Kreisen rechnet man vorläufig mit einer etwa vierzehntägigen Dauer der Konferenz, sowie auch insbesondere im Hinblick auf die eingetretene französische Kabinetskrise mit der Möglichkeit, daß die Konferenz nicht bereits am 6. August sondern erst etwa eine Woche später wird beginnen können.

### Vorbereitungen in London für die Regierungskonferenz.

London. Reuter erfährt, daß die britische Regierung in aller Eile die Vorbereitungen für die kommende Reparationskonferenz betreibt. Es wird auch in London angenommen, daß die Konferenz am 6. August in Haag beginnen wird. Es heißt ferner, daß Staatssekretär des Äußeren Henderson und Schatzkanzler Snowden daran teilnehmen werden.

## Geheimrat Raftl über die Durchführung des Youngplans.

Neustadt a. d. Saardt. In der Jahreshauptversammlung des Verbandes pfälzischer Industrieller, an der überaus zahlreiche Vertreter der pfälzischen Wirtschaft und der pfälzischen Regierung teilnahmen, berichtete der an der Pariser Sachverständigenkonferenz maßgeblich beteiligte Geheimrat Raftl, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, über diese Konferenz. Er verwies auf die Entwicklung der gesamten Reparationsfrage seit dem Verträge von Versailles und der im Laufe der letzten zehn Jahre eingetretenen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen und gab dann einen Überblick über die Pariser Verhandlungen mit ihren einzelnen Entwicklungsetappen und wiederholten krisenhaften Entscheidungen. Der Vortragende ging hierbei auch auf die Entwicklung der einzelnen Etappen der Pariser Konferenz ein. Im Anschluß hieran stellte er die bisherigen Verhältnisse unter dem Dawesplan den zukünftigen unter dem Young-Plan gegenüber, ohne die auch dem Young-Plan anhaftenden Nachteile zu verschweigen. Insbesondere hob er hervor, daß der Young-Plan an sich, wie das ausdrücklich auch in dem Gutachten erwähnt ist, sicher noch die deutsche Leistungsfähigkeit übersteige, aber gegenüber dem Dawesplan in mancher Hinsicht einen Vorzug bedeute und damit geeignet sei, eine weitere Entwicklungsphase der allmählichen Liquidierung des Krieges darzustellen. Die Feststellung der Leistungsfähigkeit eines Volkes oder seiner Wirtschaft sei ziffernmäßig nicht zu errechnen und deshalb könne auch heute niemand sagen, ob nicht schon das deutsche Angebot vom 17. April mit 1650 Millionen gleichbleibenden Annuitäten die deutsche Leistungsfähigkeit übersteige. Bei der Beurteilung der Frage, ob der Young-Plan geeignet sei, für die Zukunft eine bessere Entwicklung zu sichern als der Dawesplan, komme es weniger darauf an, die Ziffernhöhe im einzelnen bezüglich ihrer Tragbarkeit zu untersuchen, als vielmehr festzustellen, ob die Bedingungen, unter denen die Durchführung zu geschehen habe, für die Wirtschaft die nötigen Sicherheiten für den Fall wirtschaftlicher Schwierigkeiten biete und ob während der Pariser Verhandlungen noch die Möglichkeit bestand, ohne unverhältnismäßig große Schädigungen für die deutsche Wirtschaft auf den Dawesplan zurückzugreifen. Geheimrat Raftl verneinte diese Möglichkeit. Wenn er in seinen

weiteren Ausführungen hervorhob, daß er den Young-Plan für eine bessere Lösung ansehe, als den Dawesplan, so unterließ er nicht, darauf hinzuweisen, daß der Young-Plan, trotzdem er gegenüber dem Dawesplan starke Erleichterungen bringe, für eine lange Reihe von Jahren an die deutsche Wirtschaft über große Anforderungen an finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet stelle. Diese nach Möglichkeit zu erleichtern und die deutsche Wirtschaft fähig zu machen, die Zahlungen zu leisten, sei Gebot des Augenblicks, weil es darauf ankomme, an die Durchführung des neuen Planes in jeder Weise mit ehrlichem Willen heranzutreten, denn nur in der Durchführung werde sich zeigen, ob im Rahmen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge überhaupt die Leistung derartiger Beträge von einer Wirtschaft zur anderen hinüber ausgeführt werden könne, ohne die gesunden weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zu zerstören. Wenn aber Deutschland mit ehrlichem Willen an die Durchführung herantrete wolle und wenn Deutschland, wie in dem Plan ausdrücklich hervorgehoben worden ist, auch von den Gläubigern eine ehrliche Mitwirkung bei der Durchführung voraussetze, weil der Plan unter gemeinsamer Verantwortung von Schuldner und Gläubiger stehe, so komme es im wesentlichen darauf an, in unserem eigenen Hause die Zustände herzustellen, die uns auf der einen Seite die Durchführung ermöglichen, auf der anderen aber für unsere wirtschaftliche Entwicklung Zukunft schaffen, die für alle Zweige des Wirtschaftslebens Rentabilität und Existenzmöglichkeit erhalten. Das erfordert ein Höchstmaß von Ueberlegung und Einsicht aller Parteien zur Wirtschaft sowie eine hervorragende Wirtschaftsführung. Am Gegenstand zu der bisherigen Entwicklung unter dem Dawesplan müsse nunmehr eine Bilanz unserer Lage in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gezogen werden, um zu erkennen, welche Reformen für die Zukunft auf dem gesamten Gebiet der Wirtschaft und Finanzpolitik unerlässlich seien. Der Young-Plan sei nicht der Grund zur Umkehr in unserer Wirtschaftspolitik, er sei aber der wichtigste und hervorragendste Anlaß, unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik zu ändern, die in ihrer bisherigen Entwicklung gerade für die produzierende Wirtschaft von den schlimmsten Folgen begleitet war.

### Verzögerung der Regierungskonferenz?

Berlin. Die in Berliner, Londoner und Pariser Blättern aufgetauchten Befürchtungen über eine Verschlebung der Regierungskonferenz infolge der französischen Regierungskrise werden durch den offiziellen "Greffier" bekräftigt. Das Blatt meint allerdings, es liege keinesfalls in der Absicht Briands, die Konferenz zu verzögern, höchstens rechnet man am Quai d'Orsay mit einer Verzögerung von einigen Tagen, die ohne großen Schaden für die Arbeiten der Diplomaten und Sachverständigen wäre. Die für die Bildung des neuen Kabinetts und seine Vorstellung vor der Kammer benötigte Frist werde auf alle Fälle den Vorteil haben, eine beamtete und vollständige Organisation der Aufenthaltsbedingungen der Delegationen im Haag zu ermöglichen, wo man einige Schwierigkeiten wegen des Wohnungsmangels und der Unzulänglichkeit der telephonischen und telegraphischen Verbindungen befürchtet.

### Journal über die Regierungskrise und Reparationskonferenz.

Paris. Journal erörtert die Frage, welchen Einfluß die französische Ministerkrise auf die Verhandlungen der Regierungskonferenz ausüben werde. Das Blatt schreibt: Der Rücktritt Poincarés kann die Richtung der französischen Außenpolitik nicht ändern, weil Poincaré die Leitung dieser Politik Briands bereits völlig übertragen hatte. Der Mann der Ruhr hat dem Mann von Locarno die Geschäfte übertragen. Er hat die Wiedererrichtung soweit getrieben, daß er grundsätzlich sogar die Rheinlandräumung zuließ. Unter diesen Umständen wird Briand das eingeleitete Spiel einfach weiterspielen. Die einzige Gefahr nicht zu unterschätzende Wendeung ist, da er als Ministerpräsident mehr Aussicht und mehr Handlungsfreiheit haben wird wie als Außenminister. Das Ereignis wird ohne Zweifel ziemlich besondere Rückwirkungen auf die künftige Regierungskonferenz haben. Wenn Poincaré Chef der Regierung geblieben wäre, würden im Haag nur 2 Ministerpräsidenten erschienen sein: Javal und Macdonald. Javal wäre sicher vor den englischen Ministerpräsidenten zurückgetreten und damit hätte Macdonald den Vorsitz geführt. Wenn jetzt Briand mit dem Freitage eines Chefs der französischen Regierung in den Haag fährt, dann ist er für die gefährliche Ehre der Leitung der Erörterungen vorbestimmt.